



Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen, 40190 Düsseldorf

21. Oktober 2022

Seite 1 von 13

An das
Bundesministerium des Innern und für Heimat
Arbeitsgruppe M 4
11014 Berlin

Aktenzeichen 513-2022-
0010506
bei Antwort bitte angeben

- Versand ausschließlich per Email an: M4AG@bmi.bund.de -

ORR Hudek
Telefon 0211 837-2462
Telefax 0211 837-2200
fp-513@mkjfgfi.nrw.de

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren

Ihr Schreiben vom 11. Oktober 2022

Sehr geehrte Frau Willert,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Übersendung des Referentenentwurfs für das „Gesetz zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“ sowie die Möglichkeit, hierzu Stellung zu nehmen.

Mit Blick auf die möglichen Auswirkungen des Gesetzesentwurfs auf die Asylgerichtsverfahren haben wir das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen beteiligt. Aus den Klammerzusätzen in den Überschriften ist das jeweils stellungnehmende Ressort der Landesregierung Nordrhein-Westfalens ersichtlich.

Vorbehaltlich weiterer Anträge aus NW im Rahmen des fortschreitenden Rechtsetzungsprozesses darf ich heute die folgenden Anmerkungen zu dem Referentenentwurf übersenden:

zu Art. 1 Nr. 2 lit. a) (§ 3 Abs. 3 AsylG-E) (MKJFGFI NRW):

Nach der hier geplanten Gesetzesänderung, die Artikel 12 Abs. 1 lit. b) Qualifikationsrichtlinie (RL 2011/95/EU) fast wörtlich umsetzt, wird geregelt, dass ein Ausländer nicht Flüchtling im Sinne des § 3 Abs. 1 AsylG ist, wenn er von den Behörden des Landes, in dem er (vor Einreise in die Bundesrepublik) seinen Aufenthalt genommen hatte, als Person anerkannt

Dienstgebäude und
Lieferanschrift:
Völklinger Straße 4
40219 Düsseldorf
Telefon 0211 837-2000
Telefax 0211 837-2200
poststelle@mkjfgfi.nrw.de
www.mkffi.nrw

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien
706, 709 (Haltestelle Stadttor)
707 (Haltestelle Wupperstraße)

wird, welche die Rechte und Pflichten, die mit dem Besitz der Staatsangehörigkeit dieses Landes verknüpft sind, oder gleichwertige Rechte und Pflichten hat. In der Gesetzesbegründung wird als Beispiel insbesondere die Situation von Bürgern ehemaliger Sowjetrepubliken in der Russischen Föderation genannt.

Auch wenn die Zahl der Anwendungsfälle – wie in der Gesetzesbegründung zutreffend dargestellt – eher gering ausfallen dürfte, könnte die Anwendung der Ausschlussregelung für Betroffene schwerwiegende Folgen haben. Dies gilt in besonderer Art und Weise in der aktuellen politischen Gesamtlage mit Fluchtgeschehen aus Belarus/Russland im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Es sind Konstellationen denkbar, dass belarussische Staatsangehörige, die zuvor im Exil in der Russischen Föderation gelebt haben, wegen Repressalien beispielsweise aufgrund von Solidaritätsbekundungen zur Ukraine in die Bundesrepublik fliehen und hier um Schutz nachsuchen. In dieser Konstellation hätten Betroffene wohl keine Möglichkeit, im Rahmen des Asylverfahrens eine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu erhalten oder vom europäischen vorübergehenden Schutzmechanismus (§ 24 Abs. 1 AufenthG) zu profitieren. Dieses Ergebnis erscheint nur schwer vermittelbar.

Im Ergebnis dürfte die gewünschte Wirkung auf die Verschlankung von Asylverfahren gering ausfallen, die Anwendung der Regelung im Einzelfall aber zu wenig überzeugenden Ergebnissen führen, sodass die Ergänzung gestrichen werden sollte.

zu Art. 1 Nr. 11 lit. c) (§ 31 Abs. 3 AsylG-E) (MKJFGFI NRW):

Die geplante Gesetzesänderung bewirkt, dass im Falle eines Asylfolgeantrags das Vorliegen der Voraussetzungen für ein Abschiebverbot nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG nicht geprüft werden muss, wenn das BAMF in einem früheren Verfahren bereits über das Vorliegen der Voraussetzungen entschieden hat.

Im Falle einer geänderten Sachlage zugunsten eines Asylfolgeantragstellers, die im Ergebnis zwar nicht zu einer Asylanerkennung oder Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder subsidiären Schutzes führt, jedoch zur Feststellung eines Abschiebeverbots nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7

AufenthG geeignet ist, hätte die geplante Regelung zur Folge, dass ein weiteres Asylverfahren zwar durchgeführt würde, in dessen Rahmen entgegen der Regelung nach § 24 Abs. 2 AsylG die Vorschriften des § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG nicht geprüft werden würden. Der Betroffene müsste folglich einen isolierten Folgeschutzantrag stellen, um ein Abschiebeverbot nach § 60 Abs. 5 oder Abs. 7 AufenthG zu erhalten.

Die Regelung dürfte zwar in vielen Fällen eine Entlastung des BAMF bewirken. In Fällen, in denen die geänderte neue Sachlage zur Feststellung von Abschiebeverboten geeignet ist, besteht aber die Gefahr, dass ein rechtlich erheblicher und für den Betroffenen begünstigender Sachverhalt unberücksichtigt bleibt. Dieses Ergebnis kann nicht überzeugen, weshalb die Regelung gestrichen werden sollte.

zu Art. 1 Nr. 13 lit. c) bb) (§ 33 Abs. 5 AsylG-E) (MKJFGFI NRW):

Die Einstellung des Asylverfahrens bestimmt sich nur nach § 33 Abs. 1 AsylG-E und nicht zusätzlich nach § 31 Abs. 3 AsylG-E, der eine (weitere) Vermutungsregelung für ein Nichtbetreiben des Verfahrens enthält.

Es wird somit folgende Anpassung des § 31 Abs. 5 S. 1 AsylG-E vorgeschlagen:

(5) Ein Ausländer, dessen Asylverfahren gemäß Absatz 1 ~~und 3~~ eingestellt worden ist, kann die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragen.

zu Art. 1 Nr. 21 lit. c) (§ 74 Abs. 3 AsylG-E) (JM NRW):

Der praktische Mehrwert der Bestimmung über § 47 Abs. 2 ZPO hinaus erscheint fraglich. Bereits jetzt ist es möglich und üblich, über Befangenheitsanträge, die nicht wegen Rechtsmissbräuchlichkeit abgelehnt werden können, so zügig zu entscheiden, dass im Falle der Ablehnung des Befangenheitsantrags am Sitzungstag weiterverhandelt werden kann.

zu Art. 1 Nr. 23 lit. b) (§ 77 Abs. 2 AsylG-E) (JM NRW):

Das OVG NRW führt zu der Regelung zutreffend aus:

„Die Vorschrift lässt [...] offen, ob das Gericht vor einer in sein Ermessen gestellten Entscheidung im „schriftlichen Verfahren“ den Beteiligten die Möglichkeit einräumen muss, hierzu Stellung zu

nehmen, wann der Hinweis nach § 77 Abs. 2 Satz 3 AsylG-E erfolgen und (bis) wann ein entsprechender Antrag gestellt sein muss. Ohnehin ist damit zu rechnen, dass Anwälte schon aus anwaltlicher Vorsicht bereits mit Einreichung der Klage einen Antrag stellen werden, dass mündlich verhandelt wird. Die Vorschrift wird also voraussichtlich schon deshalb ins Leere laufen und ein mit ihr bezweckter Beschleunigungseffekt wird nicht eintreten.“

Im Übrigen erscheint es nicht unproblematisch, vom Grundsatz der Mündlichkeit auch in den insbesondere von § 77 Abs. 2 AsylG-E erfassten Fällen der qualifizierten Ablehnung und der Ablehnung eines Asylantrags als unzulässig (vgl. die nicht § 38 Abs. 1 AsylG unterfallenden Konstellationen des § 36 Abs. 1 AsylG) abzurücken. Soweit nicht nur Rechtsfragen zu entscheiden sind, sondern Sachaufklärungsbedarf besteht, wird es maßgeblich auf den Vortrag der Klägerin oder des Klägers und damit auf den Eindruck aus einer mündlichen Verhandlung ankommen. Vor diesem Hintergrund dürften für die verbleibenden geeigneten Fälle einer Entscheidung nach Aktenlage die Verfahren nach § 84 VwGO (Entscheidung durch Gerichtsbescheid) und § 101 Abs. 2 VwGO (Entscheidung ohne mündliche Verhandlung im Einverständnis der Beteiligten) gemäß ihren jeweiligen, bewährten und damit gut handhabbaren Anforderungen genügen.

zu Art. 1 Nr. 23 lit. d) (§ 77 Abs. 4 AsylG-E) (JM NRW):

Die Bestimmung, die ausweislich der Begründung von dem Grundsatz des § 86 Abs. 2 VwGO abweicht, dass ein in der mündlichen Verhandlung gestellter Beweisantrag nur durch einen begründeten Gerichtsbeschluss abgelehnt werden darf, wirft Fragen auf.

§ 86 Abs. 2 VwGO ist eine Ausprägung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG). Die Pflicht zur Vorabentscheidung über in der mündlichen Verhandlung gestellte Beweisanträge soll das Gericht veranlassen, sich vor der Sachentscheidung über deren Entscheidungserheblichkeit schlüssig zu werden und die Beteiligten auf die entstandene prozessuale Lage hinzuweisen (Stuhlfauth, in: Bader/Funke-Kaiser u.a., Verwaltungsgerichtsordnung, 8. Aufl. 2021, § 86 VwGO, Rn. 30). Diesem Ziel dürfte stets - auch in modifizierten Verfahren - Rechnung zu tragen

sein (vgl. nur für das vereinfachte Verfahren nach § 130a VwGO BVerwG, Urteil vom 16. März 1994 – 11 C 48/92 – juris Rn. 15).

Seite 5 von 13

Ob vor diesem Hintergrund den Gerichten bei einer verfassungskonformen Auslegung des § 77 Abs. 4 AsylG-E erspart werden kann, sich in der mündlichen Verhandlung inhaltlich zu gestellten Beweisanträgen zu verhalten, erscheint fraglich. Eine formale Abhandlung von Beweisanträgen und der bloße Hinweis auf die Verfahrensweise, wie von § 77 Abs. 4 Satz 2 und 3 AsylG-E und der Begründung wohl zu Grunde gelegt, dürfte mit dem Grundsatz des rechtlichen Gehörs (Art. 103 Abs. 1 GG) in Konflikt geraten. Denn § 77 Abs. 4 Satz 1 AsylG-E setzt voraus, dass das Gericht den in der mündlichen Verhandlung gestellten Beweisantrag für unzulässig oder unbegründet hält, mithin die Gründe seiner Ablehnung kennt. In dieser prozessualen Situation spricht alles dafür zu verlangen, dass das Gericht diese Gründe in der mündlichen Verhandlung auch offenlegt. Die geeignete - und hinreichend straffe - Handlungsform ist der nicht selbstständig anfechtbare, zu Protokoll diktierte Gerichtsbeschluss (§ 86 Abs. 2 VwGO), der unter Wahrung des Grundsatzes des rechtlichen Gehörs den Prozessstoff strukturiert und abschichtet. Diese Vergewisserung des Gerichts über den Inhalt des Beweisantrages vor Schluss der mündlichen Verhandlung beugt nicht zuletzt der Vermeidung von Verfahrensfehlern vor. Potenzielle Verfahrensfehler auf Grund einer möglicherweise vorschnellen Bewertung eines Beweisantrages als unzulässig oder unbegründet verlangsamen das Verfahren, weil sie die Wahrscheinlichkeit von auf die Verletzung des rechtlichen Gehörs gestützter Rechtsmittel (§ 78 Abs. 3 Nr. 3 AsylG i.V.m. § 138 Nr. 3 VwGO) erhöhen oder - im Falle vom Gericht selbst erkannter fehlerhafter Sachbehandlung - die Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung gebieten können, sofern das Urteil noch nicht verkündet wurde (§ 104 Abs. 3 Satz 2 VwGO).

Missbräuchliche Beweisanträge, die der Referentenentwurf wohl im Blick hat, können bereits nach geltender Rechtslage mit angemessen knapper Begründung abgelehnt werden.

Das OVG NRW äußert ebenfalls Zweifel an der Vereinbarkeit der Bestimmung mit Art. 103 Abs. 1 GG, die jedenfalls eine verfassungskonforme Handhabung des § 77 Abs. 4 AsylG-E erfordern dürften:

„Es dürfte aber insbesondere mit Blick auf Art. 103 Abs. 1 GG nicht ausreichen, dass das Gericht lediglich darauf hinweist, dass es nach § 77 Abs. 4 Satz 1 AsylG-E verfahren will. Es dürfte vielmehr geboten sein, dass das Gericht auch die Gründe für die ablehnende Entscheidung zumindest in groben Zügen mitteilt und dies entsprechend protokolliert. Damit dürfte aber im Ergebnis lediglich die Pflicht zum Erlass eines Beschlusses in der mündlichen Verhandlung entfallen.“

Die Gefahr fehlerhafter Ablehnungsentscheidungen wird mit der Vorschrift nicht reduziert. Die Frage, ob die Regelung überhaupt mit dem Anspruch auf rechtliches Gehör vereinbar ist, kann auf die Schnelle nicht beantwortet werden. Sie bedürfte jedenfalls weiterer Betrachtung.“

zu Art. 1 Nr. 23 lit. e) (§ 77 Abs. 5 AsylG-E) (JM NRW):

Fraglich erscheint, ob der in der Begründung des Entwurfs dargelegte Mehrwert erreicht werden kann, insbesondere in Dublin-Fällen werde vermieden, dass über die Frage der Zuständigkeit für die Durchführung des Asylverfahrens und die Begründetheit des Asylbegehrens jeweils zwei Entscheidungen getroffen und zwei unter Umständen zeitlich weit auseinanderliegende Gerichtsverfahren durchgeführt würden.

Nach gegenwärtiger Rechtslage erledigen sich Hauptsacheverfahren gegen wegen der Zuständigkeit eines anderen Mitgliedsstaates als unzulässig abgelehnte Asylanträge (sog. „Dublin-Verfahren“) nach Ablehnung des Eilantrages häufig durch Ablauf der Überstellungsfrist. In diesen Fällen hebt das Bundesamt den streitgegenständlichen Bescheid auf und erlässt einen neuen, eine Sachentscheidung enthaltenden Bescheid, der Gegenstand eines neuen Klageverfahrens werden kann. Weshalb die beiden Verfahren zeitlich weit auseinanderliegen sollen, erschließt sich mit Blick auf die regelmäßig zweiwöchige Klagefrist (§ 74 Abs. 2 AsylG) nicht. Auch sachlich wird sich eine Synergie nicht aus der Klageänderung und Fortführung kraft Gesetzes ergeben, weil regelmäßig für „Dublin-Verfahren“ (aufgeteilt nach Dublin-Zielstaaten) und allgemeine Asylverfahren (aufgeteilt nach Herkunftsländern) unterschiedliche Spruchkörper zuständig sind. Nach der gemäß § 77 Abs. 5 AsylG-E eingetretenen Klageänderung ist das Verfahren an den zuständigen Spruchkörper abzugeben. Im Ergebnis tritt dieselbe verfahrensrechtliche Situation wie bei Erhebung

einer neuen Klage ein. Dass Streitgegenstände ohne Klageerhebung bei den Verwaltungsgerichten anhängig werden können, trägt nicht zur Reduzierung des Verfahrensanhangs bei.

Das OVG NRW weist darauf hin, dass die Regelung keinesfalls für das zweitinstanzliche Verfahren gelten sollte.

Dieser Forderung ist zu folgen. Die Änderung des Streitgegenstandes während des Berufungszulassungsverfahrens dürfte - hier in der Kürze der Zeit nicht abschließend zu beurteilende - Folgefragen und Komplikationen im Hinblick auf den Verfahrensgegenstand und die maßgeblichen Fristen (§ 78 Abs. 4 AsylG) aufwerfen. Die Änderung des Streitgegenstandes erst in der zweiten Instanz dürfte - sollte eine Zurückverweisung an die erste Instanz gemäß § 79 Abs. 2 AsylG-E ausscheiden - zu der Notwendigkeit einer erstmaligen Sachprüfung und gegebenenfalls Beweisaufnahme vor dem Obergericht führen. Sollte an der Bestimmung festgehalten werden, könnte formuliert werden:

„Wird während des erstinstanzlichen Verfahrens der streitgegenständliche Verwaltungsakt,...“

zu Art. 1 Nr. 23 lit e) (§ 77 Abs. 5 AsylG-E) (MKJFGFI NRW):

Die geplante Regelung sieht vor, dass der im Asylklageverfahren streitgegenständliche Verwaltungsakt, mit dem ein Asylantrag als unzulässig abgelehnt wurde und der während des Klageverfahrens durch eine Ablehnung als unbegründet oder offensichtlich unbegründet ersetzt wird, der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Klageverfahrens wird.

In Dublin-Fällen passiert es gelegentlich, dass der im zuständigen EU-Mitgliedstaat gestellte Asylantrag nach Ablehnung des Asylantrags in Deutschland als unzulässig gem. § 29 Abs. 1 Nr. 1a AsylG positiv beschieden wird. Dies hat zur Folge, dass der Dublin-Bescheid aufgehoben und der Asylantrag nochmals als unzulässig, jedoch nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG abgelehnt wird. Diese Konstellation sollte ebenfalls in die geplante Regelung aufgenommen werden.

Es wird folgende Anpassung des § 77 Abs. 5 AsylG-E vorgeschlagen:

(5) Wird während des *erstinstanzlichen* Verfahrens der streitgegenständliche Verwaltungsakt, mit dem ein Asylantrag als unzulässig abgelehnt wurde, durch eine Ablehnung als *unzulässig*, unbegründet oder offensichtlich unbegründet ersetzt, so wird der neue Verwaltungsakt Gegenstand des Verfahrens. (...)

Seite 8 von 13

Es wird ferner um Klarstellung im Gesetzesentwurf gebeten, welche Auswirkungen die Änderung des Streitgegenstandes gem. § 77 Abs. 5 AsylG-E auf die aufschiebende Wirkung der erhobenen Klage hat. Hintergrund ist, dass Klagen gegen eine Ablehnung des Asylantrags als unzulässig oder offensichtlich unbegründet gem. § 75 Abs. 1 AsylG keine aufschiebende Wirkung haben, während Klagen gegen eine einfache Ablehnung als unbegründet nach der geltenden Rechtslage sehr wohl aufschiebende Wirkung haben (vgl. § 75 Abs. 1 i.V.m. § 38 Abs. 1 AsylG).

zu Art. 1 Nr. 24 (§ 78 Abs. 8 AsylG-E) (JM NRW):

Die Eröffnung der revisionsgerichtlichen Beurteilung fallübergreifender Tatsachenfragen ist grundsätzlich zu begrüßen. Sie kann dazu führen, dass die allgemeine asyl-, abschiebungs- und überstellungsrelevante Lage in einem Zielstaat höchstrichterlich in Leitentscheidungen durchgebildet wird und die Vorinstanzen von der Klärung fallübergreifender, mitunter hoch umstrittener Tatsachenfragen entlastet werden.

Nach vorläufiger Einschätzung ist allerdings eine eher begrenzte Anwendungsbreite der Tatsachenrevision und damit eine eher begrenzte höchstrichterliche Leitentscheidungspraxis hinsichtlich fallübergreifender Tatsachenfragen zu erwarten. Ob unter der Neuregelung genügend Fälle mit grundsätzlicher Bedeutung das Bundesverwaltungsgericht erreichen werden, die dann zu Leitentscheidungen und dadurch mehr Rechtssicherheit hinsichtlich schwieriger Tatsachen- und Rechtsfragen führen, dürfte nicht zu erwarten sein. Diese zurückhaltende Einschätzung stützt sich auf die in der Neuregelung vorgesehenen hohen Hürden für die Tatsachenrevision:

- Neben der Divergenz in der Beurteilung der allgemeinen asyl-, abschiebungs- oder überstellungsrelevanten Lage in einem Zielstaat ist zwingende Voraussetzung die Zulassung der Revision durch das Oberverwaltungsgericht (§ 78 Abs. 8 Satz 1 Nr. 2 AsylG-E).

- Die Nichtzulassungsbeschwerde ist ausgeschlossen (§ 78 Abs. 8 Satz 2 AsylG-E).
- Die Anschlussrevision ist ausgeschlossen (§ 78 Abs. 8 Satz 6 AsylG-E).
- In Betracht kommen nur Verfahren, die in der Berufungsinstanz - nach Erfüllung der ohnehin hohen Anforderungen an die Berufungszulassung gemäß § 78 Abs. 3 AsylG - durch Urteil entschieden wurden.

Angeregt wird, § 78 Abs. 8 Satz 5 AsylG-E zu streichen. Die Bestimmung erscheint im Hinblick auf ihr Verhältnis zum Amtsermittlungsgrundsatz (§ 86 Abs. 1 VwGO) missverständlich. Soll eine umfassende höchstrichterliche Klärung der allgemeinen asyl-, abschiebungs- oder überstellungsrelevanten Lage in einem Zielstaat sinnvoll erreicht werden, muss der Amtsermittlungsgrundsatz vollumfänglich gelten. Demgegenüber könnte die in der Bestimmung enthaltene Auflistung von Erkenntnismitteln nahelegen, dass es dem Bundesverwaltungsgericht freistehe, sich auf deren Auswertung zu beschränken. Dass der Amtsermittlungsgrundsatz nicht abbedungen sein soll, legen indes § 78 Abs. 8 Satz 5 Var. 3 VwGO („von ihm beigezogen oder erhoben“) und der erklärte Sinn und Zweck des § 78 Abs. 8 AsylG-E nahe, Rechtsklarheit und eine Vereinheitlichung der Rechtsprechung hinsichtlich fallübergreifender Tatsachenfragen herbeizuführen. Dem würde eine fragmentarische Heranziehung von Erkenntnismitteln nicht gerecht. Vor diesem Hintergrund könnte unter Streichung des Satzes in der Begründung klargestellt werden, dass das Bundesverwaltungsgericht innerhalb des gesetzlich vorgesehenen Prüfungsmaßstabs nach den allgemeinen Regeln des für die Sachaufklärung vollumfänglich geltenden Amtsermittlungsgrundsatzes verfährt (§ 86 Abs. 1 VwGO).

Zielt der Gesetzentwurf darauf ab, wie sich aus dem begleitenden Eckpunktepapier ergibt, die derzeit „dringendsten Änderungen“ umzusetzen, dürfte sich die Prüfung einer weiteren behutsamen Ausweitung des Rechtsmittelrechts, nicht zuletzt im Sinne einer besseren Durchbildung

von Leitentscheidungen, Entlastungen der ersten und zweiten Instanz und einer größeren Rechtssicherheit anbieten. So könnte - jedenfalls nach einer Evaluierung der Praxis - die vorgeschlagene Neuregelung von den oben benannten, hohen Voraussetzungen entlastet werden.

Darüber hinaus erscheint die Prüfung insbesondere der folgenden Weiterentwicklungen erwägenswert:

- Einführung einer Beschwerde in Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes (Regelungsort: § 80 AsylG);
- Ausweitung der Berufungszulassung durch das Verwaltungsgericht, etwa in den Fällen der Divergenz und der grundsätzlichen Bedeutung (Regelungsort: § 78 AsylG).

zu Art. 1 Nr. 25 lit. b) (§ 79 Abs. 2 AsylG-E) (JM NRW):

Die Schaffung einer Möglichkeit der Zurückverweisung ist zu begrüßen.

Weiterführend merkt das OVG NRW an:

„Gerade für die in der Begründung insbesondere in den Blick genommenen Fälle dürfte § 79 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AsylG-E zu eng sein, soweit er für eine Zurückverweisung voraussetzt, dass „nach der abweichenden Beurteilung des Oberverwaltungsgerichts eine umfangreiche oder aufwändige Beweisaufnahme notwendig ist“. Vielmehr ist zu erwägen, die Zurückverweisung schon dann zu ermöglichen, wenn nach der abweichenden Beurteilung des Oberverwaltungsgerichts eine weitere Sachaufklärung zu individuellen Schutzgründen erforderlich ist. Damit wären die Fälle erfasst, in denen schon eine diesbezügliche Anhörung des Asylantragstellers (die noch keine „Beweisaufnahme“ darstellt) durch das Verwaltungsgericht nicht stattgefunden hat, etwa weil dieses zugunsten des Asylantragstellers von einer Gruppenverfolgung ausgegangen ist.

§ 79 Abs. 2 Satz 2 AsylG-E bedarf mit Blick auf § 77 Abs. 1 AsylG insoweit der Überprüfung, als unklar erscheint, wie das Verwaltungsgericht mit einer Änderung der Sachlage nach Erlass der Zurückweisungsentscheidung umgehen soll.“

Seite 11 von 13

zu Art. 1 Nr. 25 lit. c) (§ 79 Abs. 3 AsylG-E) (JM NRW):

Das OVG NRW merkt zur praktischen Notwendigkeit der Bestimmung an, dass nahezu regelmäßig in den Fällen, in denen eine aktuelle Grundsatzentscheidung des Senats vorliege, auf Anfrage das Einverständnis mit einer Berichterstatteentscheidung erteilt wird. Bedenkenswert erscheint die Anregung des OVG NRW, die Voraussetzungen der Bestimmung zu verschlanken:

„In ihrer konkreten Ausgestaltung erscheint die voraussetzungsreiche Vorschrift fehleranfällig. Zu bedenken wäre, ob nicht gerade in den Fällen eine Einzelrichterentscheidung ermöglicht werden sollte, in denen es keiner Grundsatzentscheidung des Senats bedarf, weil die allgemeine Lage in einem Zielstaat auch ohne eine solche Entscheidung eindeutig ist, die Sache auch sonst nicht besonders schwierig ist, die Berufung aber etwa wegen eines Verfahrensfehlers zuzulassen war.“

zu Art. 2 Nr. 2 (§ 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und S. 3 Nr. 2 AufenthG-E) (MKJFGFI NRW):

Die Einleitung des Widerrufs- und Rücknahmeverfahrens wird nicht gem. § 73b Abs. 3 AsylG mitgeteilt. Es wird vielmehr mitgeteilt, wenn die Voraussetzungen für einen Widerruf / eine Rücknahme vorliegen.

Aufgrund dessen wird folgende Anpassung des § 26 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 und S. 3 Nr. 2 AufenthG-E vorgeschlagen:

„2. das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht nach § 73b Absatz 3 des Asylgesetzes mitgeteilt hat, dass ~~die Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme vorliegen es ein Widerrufs- oder die Rücknahmeverfahren eingeleitet oder einen Widerrufs- oder einen Rücknahmebescheid erlassen hat,~~“

zu Art. 2 Nr. 3 (§ 79 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AufenthG-E) (MKJFGFI NRW):

Die Einleitung des Widerrufs- und Rücknahmeverfahrens wird nicht gem. § 73b Abs. 3 AsylG mitgeteilt. Es wird vielmehr mitgeteilt, wenn die Voraussetzungen für einen Widerruf / eine Rücknahme vorliegen.

Aufgrund dessen wird folgende Anpassung des § 79 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AufenthG-E vorgeschlagen:

„3. bei dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gemäß § 73b Absatz 3 des Asylgesetzes nach Einleitung des Widerrufs- bzw. Rücknahmeverfahrens mitgeteilt hat, dass die Voraussetzungen für einen Widerruf oder eine Rücknahme vorliegen ~~ein Widerrufs- oder Rücknahmeverfahren nach § 73b des Asylgesetzes eingeleitet wurde,~~

Sonstige Bestimmungen mit Bezügen zu justiziellen Belangen (JM NRW):

- Die Einführung einer behördenunabhängigen Asylverfahrensberatung erscheint sachgerecht und zweckmäßig. Sie ist auch aus justizieller Sicht zu begrüßen, um sich ggf. anschließende gerichtliche Verfahren von vornherein auf mögliche Streitgegenstände in nur einem gerichtlichen Verfahren zu konzentrieren und Folgeverfahren zu vermeiden.
- Nach vorläufiger Einschätzung ist die Neufassung des § 30 AsylG unter - soweit ersichtlich - wörtlicher Übernahme der Tatbestände des Art. 31 Abs. 8 der Richtlinie 2013/32/EU vor dem Hintergrund der in der Rechtsprechung umstrittenen Handhabung der Ablehnung als „offensichtlich unbegründet“ sachgerecht, um die Rechtsprechung von der Klärung komplexer, durch das Unionsrecht maßgeblich geprägter Verfahrensfragen abseits der Sachentscheidung zu entlasten.
- Ob § 33 Abs. 1 AsylG-E - Entscheidung nach Aktenlage bei Nichtbetreiben des Verfahrens - zu maßgeblichen Entlastungen führt, darf bezweifelt werden. Ist festzustellen, dass ein Nichtbetreiben des Asylverfahrens nicht gegeben war, kann das Verfahren bislang als Erstverfahren fortgeführt werden. Die Ablehnung des Asylantrags in der Sache könnte die Anhängigkeit von Folgeverfahren nach sich ziehen. Zudem dürfte die Regelung zu einer Verlagerung der erstmaligen Anhörung und eingehenden Sachprüfung zu den

Verwaltungsgerichten („Durchentscheiden“) und damit zu einer Verlangsamung der Asylverfahren führen.

Seite 13 von 13

- Die Neuordnung der §§ 73 ff. AsylG, insbesondere die Abschaffung der Regelprüfung nach drei Jahren (§ 73 Abs. 2a AsylG), erscheint im Hinblick auf Entlastungseffekte für das Bundesamt und die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Ansatz plausibel. Eine weitergehende Einschätzung, insbesondere in Ansehung der Komplexität der Bestimmungen, ihre Vereinbarkeit mit den Vorgaben des Unionsrechts und die sich hieraus ergebenden Folgen für die gerichtliche Praxis, ist in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

gez. Wehinger